



Auszug aus dem substanziellen Protokoll

99. Ratssitzung vom 19. Juni 2024

3369. 2023/199

Postulat von Michele Romagnolo (SVP) und Reto Brüesch (SVP) vom 12.04.2023: Personalmangel bei den Notfallorganisationen, Unterstützung der Mitarbeitenden zur Vermeidung vorzeitige Altersrücktritte

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Michele Romagnolo (SVP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 1703/2023): Mitarbeitende des Sicherheitsdepartements (SID) haben die Möglichkeit, sich ab dem Alter von 58 oder 60 Jahren in den Ruhestand zu begeben. Wer sich dazu entschliesst, wird von der Stadt mit einem Zuschuss von maximal fünf Jahren belohnt. Belohnt werden sollten vielmehr diejenigen, die bleiben und für unsere Sicherheit sorgen. Auch ein Steuererlass für Rentner, die länger arbeiten, wäre denkbar. Die Beamten wären so vor Ort und sofort einsatzbereit. Auch wenn einige nicht mehr auf die Strasse wollen, können sie im Innendienst Anzeigen entgegennehmen oder Ermittlungen durchführen. Damit würden jüngere Beamte für den Fronteinsatz zur Verfügung stehen. Unabhängig vom Umfang und Stellenabbau dauert es zwei bis drei Jahre, bis neues Personal geschult und einsatzbereit ist. Sollte die 35-Stunden-Woche mit gleichbleibendem Lohnniveau eingeführt werden, würde dies zu einer Reduktion des Sicherheitspersonals um 10 Prozent führen. Die Sanität Basel ist mit ihrer Kampagne sehr zufrieden und konnte einige angehende Pensionäre dazu bewegen, weiterzuarbeiten. Basel bietet flexible Arbeit und Vertragsbedingungen. Am 5. April 2023 kommunizierte der Stadtrat mittels Medienmitteilung, dass mehr Flexibilität dazu führen soll, dass Mitarbeiter über das 65. Altersjahr hinaus arbeiten können. Von Belohnung und Zuschuss ist in der Mitteilung keine Rede. Es ist nachvollziehbar, dass jeder, der 60 Jahre alt wird und eine Belohnung erhält, aufhört zu arbeiten und seine Rente mit gleichbleibendem Lohn geniesst. Wir können der Personalknappheit entgegenwirken: Ich bitte um Zustimmung zum Postulat.

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements Stellung.

*STR Karin Rykart: Bei der Stadtpolizei betrifft die Problematik in erster Linie die Arbeit auf der Strasse, also die Sicherheitsabteilung und deren Uniformdienst. Viele Frontpolizist*innen suchen mit zunehmendem Alter eine Tätigkeit im Innendienst oder lassen sich vorzeitig pensionieren, da die Belastung durch die Schichtarbeit hoch ist. Der Ressourcenproblematik kann man nur mit einer hohen Anzahl an Polizeiaspirant*innen oder*



*Quereinsteiger*innen begegnen. Eine längere Beschäftigung von älteren Mitarbeitenden löst das Problem leider nicht. Die Möglichkeiten im Innendienst sind im Polizeiumfeld nur spärlich vorhanden und werden bereits teilweise mit Mitarbeitenden besetzt, die aus gesundheitlichen Gründen keinen Frontdienst mehr leisten können. Auch bei Schutz & Rettung (SRZ) versprechen wir uns von der verzögerten Pensionierung nicht viel. Bei den diplomierten Rettungssanitäter*innen beträgt der Altersdurchschnitt 38 Jahre. Die Belegschaft ist damit jung. Lediglich 2,5 Prozent der diplomierten Rettungssanitäter*innen befinden sich im pensionsfähigen Alter von 58 Jahren oder mehr. Massnahmen zur Förderung einer Weiterbeschäftigung über das Pensionsalter hinaus würden die Herausforderungen aufgrund des Fachkräftemangels nicht spürbar abschwächen – weder kurz- noch langfristig. Bei der Berufsfeuerwehr beträgt das Durchschnittsalter 47 Jahre – höher als im Rettungsdienst, aber immer noch tiefer als bei den städtischen Angestellten, wo das Durchschnittsalter bei 56 Jahren liegt. 16 Prozent aller Berufsfeuerwehrleute befinden sich im pensionsfähigen Alter; 24 Prozent sind über 50 Jahre alt. Allerdings zeichnet sich in diesem Beruf bislang kein Fachkräftemangel ab: Nur wenige gehen vorzeitig in Pension und Ausbildungsplätze und Vakanzen können zeitnah besetzt werden. Um Mitarbeitende möglichst lange gesund im Berufsleben halten zu können, gibt es bei der Stadt diverse Entlastungen für ältere Schichtarbeitende. Personen ab 60 Jahren profitieren von 16 zusätzlichen freien Tagen: Ab 50 Jahren von einer zusätzlichen Ferienwoche, ab 60 Jahren von einer weiteren Ferienwoche sowie 6 zusätzlichen Freitagen. Darüber hinaus stehen dieser Personalgruppe 11,5 garantierte Feiertage zu. Mit STRB Nr. 900/2023 wurden neue Bestimmungen zur Weiteranstellung ab dem vollendeten 65. Altersjahr eingeführt. Eine freiwillige Weiterbeschäftigung soll durch eine Weiterversicherung in der Pensionskasse gefördert werden. Wir haben also schon Massnahmen getroffen.*

Weitere Wortmeldungen:

Reis Luzhnica (SP): *Was im Postulatstext noch sinnvoll klingt, erhält in der Begründung einen faden Beigeschmack. Der Fachkräftemangel hat nichts mit vernünftigen Arbeitszeiten zu tun, machen diese den Beruf doch attraktiver. Dennoch handelt es sich um einen prüfenswerten Vorschlag. Wichtig ist die Freiwilligkeit: Die Stadt könnte ohne Zwang unterstützend wirken, es muss sich nicht um finanzielle Anreize handeln. STR Karin Rykart hat vieles erwähnt, das schon umgesetzt wird. Weshalb der Stadtrat das Postulat dann nicht entgegennehmen will, verstehe ich nicht. Wir stimmen dem Postulat zu.*

Tanja Maag (AL): *Wer sich für eine frühzeitige Pensionierung entscheidet, hat seine Gründe. Die Förderung eines vorzeitigen Ruhestands ist für uns richtig. Wir sind überzeugt, dass die Attraktivität eines Berufs gesteigert werden kann, wenn die Aussicht auf das Erreichen des Rentenalters bei guter Gesundheit realistisch ist. Die angesetzten Verbesserungen und auch die noch folgenden sollen auf keinen Fall relativiert werden. Die Postulanten gehen davon aus, dass sich die Personalsituation mit der Einführung der 35-Stunden-Woche verschärfen wird. Wir erwarten das Gegenteil: Geringere Fehlzeiten, hohe Motivation und gesunde Mitarbeitende. Wir stimmen zu, dass sich eine angemessene Stellenaufstockung bei Einführung einer 35-Stunden-Woche nicht vermeiden lässt.*



3 / 3

Dies soll jedoch nicht mit Mitarbeitenden gesichert werden, die sich in Rente begeben möchten. Es gibt in diesen Berufen ein Rekrutierungsproblem auf tertiärer Ausbildungsstufe. Die Bemühungen bei der Rekrutierung zu intensivieren und mit attraktiven Löhnen gute Ausbildungsbedingungen zu schaffen, ist sinnvoll. Wir lehnen das Postulat ab.

Martina Zürcher (FDP): *Das Votum von STR Karin Rykart macht den Eindruck, sie hätte das Postulat geprüft. Mir ist deshalb nicht verständlich, weshalb der Stadtrat dieses nicht entgegennehmen möchte. Wir stimmen dem Postulat zu.*

Reto Brüesch (SVP): *Alle Sicherheitsorgane haben lange Ausbildungen absolviert, sei es die Sanität, die Feuerwehr oder die Polizei. Neue Aspiranten kommen nach, jedoch gehen mehr Mitarbeitende ab. Die 35-Stunden-Woche tut diesen sicherlich gut, führt aber zu einer Schicht, in der sie abwesend sind. Aus diesem Grund möchten wir die Möglichkeit des freiwilligen Verbleibs im Beruf geben.*

Benedikt Gerth (Die Mitte): *Die städtischen Angestellten der Notfallorganisationen können und sollen selbst entscheiden, ob sie freiwillig länger arbeiten möchten oder nicht. Weshalb STR Karin Rykart sagt, sie habe das Postulat geprüft und sähe keine weiteren Möglichkeiten, verstehe ich nicht. Ich möchte mehr wissen, gerne schriftlich formuliert.*

Das Postulat wird mit 87 gegen 24 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat